

Avanti²

Theoriebeilage

Gegen Teuerung:
„Gleitende
Lohnskala“

ISO Rhein-Neckar

KRIEG EIN MORDS- GESCHÄFT



INHALT

TITEL

01 KRIEG

Ein Mordsgeschäft?

EDITORIAL / INHALT / FRANKREICH

02 FRANKREICH

Parlamentswahlen

KRIEG

03 KRIEG

Ein Mordsgeschäft?

BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

04 1. MAI

Mut zur Gegenwehr

06 TEUERUNG

Und nun?

07 TARIFRUNDE SuE

Das war's

08 BR-MOBING

Unaufhaltbar?

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

mittlerweile hat der vierte Kriegsmonat in der Ukraine begonnen. Ein Ende des Abschlachtens und der Zerstörungen ist nicht in Sicht.

Wir suchen deshalb in der Juni-Ausgabe von *Avanti*² nach Alternativen zum militaristischen Treiben der Herrschenden in Ost und West.

Internationale Solidarität ist eine Pflicht. Wir rufen zur Unterstützung unserer ukrainischen Genossinnen und Genossen von Sozialnyi Ruch (Soziale Bewegung) auf.

Außerdem befassen wir uns unter anderem mit der Inflation und wie sie zu bekämpfen ist.

Die Theoriebeilage hat deshalb die „gleitende Lohnskala“ zum Inhalt.

Passt auf Euch auf!

Eure Redaktion

*Titelbild: ISO-Aufkleber in Mannheim,
24. Mai 2022. Foto: Avanti².*

INHALT

ISO / POLITISCHE BILDUNG

09 SEMINAR

Nach den BR-Wahlen

10 INFOABEND

Krieg oder Frieden?

11 KONFERENZ

Ökologie oder Kapitalismus

INTERNATIONALE SOLIARITÄT

11 UKRAINE

Soziale Linke unterstützen?

RÜCKBLENDE / TERMINE

12 POLIZEIGEWALT

Neuer „Einzelfall“

12 TERMINE

THEORIEBEILAGE

01 GLEITENDE LOHNSKALA

Eine Utopie?

Frankreichs Linke vor den Parlamentswahlen Anpassung oder Widerstand?

M. G.

Am zweiten Wochenende im Mai 2022 wurde von verschiedenen linken und grünen Parteien die „Neue Ökologische und Soziale Volksunion“ (NUPES) in Frankreich gegründet.

Unsere Schwesterorganisation NPA (Neue Antikapitalistische Partei) hat beschlossen, sich nicht an diesem von manchen als Neuauflage einer „Volksfront“ bezeichneten Wahlbündnis zu beteiligen. Die NPA kritisiert an NUPES, dass dort zu große Zugeständnisse an die degenerierte Sozialdemokratische Partei (PS) und an den Neoliberalismus gemacht worden seien.

Der Platz, der der PS sowohl im Programm der NUPES als auch bei der Aufteilung der Wahlkreise eingeräumt wurde, hat der NPA zufolge den Charakter des ursprünglichen Projekts massiv verändert. Der erklärte Willen der Initiatoren von NUPES, um jeden Preis mehrheitsfähig zu sein und die Stärke der parlamentarischen Institutionen der „Fünften Republik“ hätten zu Kompromissen zugunsten prokapitalistischer Kräfte geführt.

Die NPA hatte sich aufgrund der Herausbildung dreier politischer Blöcke in Frankreich an Gesprächen im Vorfeld der Gründung von NUPES beteiligt. Der sehr gefährlichen extremen Rechten steht die linke, auf Wahlen orientierte Sammlungsbewegung um den reformistischen Berufspolitiker Mélenchon gegenüber. Zudem gibt es das für die Stärkung des Faschismus verantwortliche autoritäre Lager um Staatspräsident Macron.

Die NPA hat sich deshalb entschieden, bei den anstehenden Parlamentswahlen eine Kampagne gegen die extreme Rechte

sowie gegen die Unterstützer Macrons und für die Stärkung einer Linken des radikalen antikapitalistischen Kampfs zu führen. Sie hofft dadurch, auch einen Beitrag zur Ermutigung des sozialen Widerstands leisten zu können.



Notwendig ist eine Linke des Kampfes.

Bild: NPA.

Krieg – ein Mordsgeschäft?

K. S.

„Frieden schaffen mit noch mehr Waffen“ ist eine sehr gefährliche und kurzsichtige „Logik“.

Sie unterfüttert den Krieg bis zum „Endsieg“ der stärkeren Seite, statt ihn zu beenden. Die grausamen Leiden der Zivilbevölkerung, die sinnlosen, mit Orden dekorierten Verstümmelungen oder „Heldentode“ der Soldaten beider Seiten und die skrupellose Zerstörung von Gebäuden, Infrastruktur und Umwelt werden dadurch vervielfacht.

Wir treten deshalb für einen sofortigen Waffenstillstand und den Abzug der russischen Truppen aus der Ukraine ein. Doch wie kann Druck aufgebaut werden, damit sich das Geschäft mit dem Krieg nicht mehr lohnt?

Gegen Kriegstreiberei

Die NATO unter US-Führung ist am Krieg in der Ukraine als imperialistisches Bündnis involviert – mit Waffenlieferungen, „Wirtschaftssanktionen“ gegen Russland und verdeckter militärischer Hilfe.

Erklärtes Ziel der USA ist es, Russland durch einen Abnutzungskrieg in der Ukraine langfristig zu schwächen. Damit steigen auch die Gewinne vor allem der Rüstungsproduzenten und der Energiekonzerne. Ein lohnendes Mordsgeschäft.

Dass die Bundesregierung sogar ein 100 Mrd. € schweres Sondervermögen für die weitere Aufrüstung der Bundeswehr ins Grundgesetz aufnehmen will, lässt die Kassen bei Rheinmetall und Co. noch lauter klingeln.

Gegen diesen kriegesischen Kurs braucht es antimilitaristischen Widerstand. Doch er muss verbunden werden mit einer friedenspolitischen Alternative zum fortgesetzten Morden in der Ukraine.

Wie lässt sich eine politische Beendigung des Krieges herbeiführen? Die Umrisse einer neutralen und unabhängigen Ukraine sind schnell skizziert. Doch die Weltenaufteiler und Militaristen, die gerade das Sagen haben, wollen keinen schnellen Frieden. Die politische Initiative des italienischen Ministerpräsidenten Draghi ist aktuell eine Ausnahme von dieser Regel.

„Soziale Verteidigung“?

Wäre überhaupt ein gewaltfreier, antimilitaristischer Weg möglich? Diese Frage

wird in der Friedensbewegung unter dem Begriff der „Sozialen Verteidigung“ diskutiert. Damit wird eine grundsätzlich andere, eine demokratische Antwort auf einen militärischen Überfall bezeichnet.

Statt der Unterstützung des Einsatzes der autoritären Kriegsmacht der „eigenen“ herrschenden Klasse werden mobilisierende zivile Aktionen des Widerstands und des Ungehorsams gegen die fremde Besatzungsmacht propagiert.

Dieser Ansatz beruht auf einer klassenpolitischen Organizing-Perspektive. Er verschiebt die politische Handlungslogik weg von Krieg und Nationalismus hin zum internationalen Klassenkampf gegen die Herrschenden.

In Verbindung damit könnte die Anwendung des Konzepts der „offenen Stadt“ die Zerstörung der ukrainischen Städte und Ortschaften durch die russische Armee verhindern. Eine „offene Stadt“ ist ein Ort, der nicht militärisch verteidigt wird und deshalb nach Artikel 25 der Haager Landkriegsordnung auch nicht angegriffen oder bombardiert werden darf.

Die Besetzung eines Staates wie der Ukraine würde die Kräfte des russischen Imperialismus überfordern. Sie stellte viel größere logistische und politische Herausforderungen dar als ein – zudem dilettantisch organisierter – militärischer Überfall. Einem unterdrückten Land spielen das eigene Territorium, das Engagement der eigenen Bevölkerung und der Faktor Zeit in die Hände.

Wie den Krieg stoppen?

Die Organisation des Widerstands in den Betrieben, in der Infrastruktur, in der Verwaltung, in der Öffentlichkeit, in Stadt und Land ist möglich und wirksam. Vor allem die arbeitende Klasse kann mit Streiks, Besetzungen, Sabotagehandlungen, Blockaden weit bessere Alternativen organisieren, als sich im Krieg als uniformiertes oder ziviles Kanonenfutter verheizen lassen zu müssen.

Selbst im geschichtsvergessenen Deutschland war das zum Beispiel anlässlich der Ruhrbesetzung 1923 der Fall. Die Besatzer können sich auf Dauer nicht halten. Sie

müssen letztendlich abziehen. Und mit ihnen zieht der Makel des Scheiterns ab ins Land des Aggressors.

Das mörderische Rad des Krieges dreht sich in der Ukraine unerbittlich weiter. Nur eine starke internationale Antikriegsbewegung kann den Kriegstreibern Einhalt gebieten.

Die Gesellschaften der Ukraine und Russlands werden beide mit den Mitteln der herrschenden Klassen im Kriegszustand gehalten. Wege aus dieser totalisierenden Logik werden jedoch auch dort von unten gesucht – mit Antikriegsprotesten, Kriegsdienstverweigerung, Desertion, Flucht ...

Unsere Aufgabe ist es, diese Formen des Widerstands gegen den Krieg zu popularisieren und zu unterstützen. Friedenslogik statt Kriegslogik macht zivilen sozialen Widerstand notwendig. Dieser wird zunehmen, je erschöpfter und ermüdet die Arbeiter und Bauern in Uniform und die große Mehrheit der Zivilbevölkerung werden.

Die politischen Kosten des hochprofitablen Geschäfts mit dem Krieg und der Aufrüstung müssen steigen. Wir müssen die Kriegstreiber und die Profiteure der Aufrüstung stoppen! ■



DGB-Kundgebung in Mannheim, 1. Mai 2022.

Am 1. Mai endlich wieder auf die Straße!

K. S.

Der 1. Mai fand in diesem Jahr unter dem Motto des DGB „GeMAInsam Zukunft gestalten“ statt.



DGB-Demo in Mannheim, 1. Mai 2022.

Foto: helmut-roos@web.de.

Die traditionelle Demonstration startete bei gutem Wetter am Gewerkschaftshaus und zog über den Ring und die Planken zum Marktplatz. Dort fand wie üblich die DGB-Kundgebung statt.

Neben den Einzelgewerkschaften und leider nur wenigen betrieblichen Vertretungen gab es auch einen munteren Block der Gewerkschaftsjugend.

Mit ihren Transparenten und Fahnen beteiligte sich natürlich auch die ISO Rhein-Neckar am beachtlichen Demonstrationzug. Die zahlreichen anderen linken Organisationen und Initiativen waren ebenso wenig zu übersehen wie der antikapitalistische Block, der mit Bengalos und Feuerwerk einen selbstbestimmten Ausdruck suchte.

Vielfältige Kundgebung

Inhaltlich konzentrierten sich die Reden auf die tagespolitische und gewerkschaftliche Situation in Deutschland und der Welt. Die Auseinandersetzung mit dem Ukraine-Krieg fand selbstverständlich ihren prominenten Platz, aber sie dominierte nicht die Veranstaltung.

Hauptredner Ralf Sikorski vom Vorstand der IG BCE skizzierte die DGB-Vorstellungen von „sozialer Transformation“ und den politischen wie gewerkschaftlichen Aufgaben bei den bevorstehenden großen Veränderungen der Arbeitswelt.

Hansi Weber von ver.di informierte über den mehr als berechtigten Streik bei den Sozial- und Erziehungsdiensten. „Wir



DGB-Demo in Mannheim, 1. Mai 2022.

Foto: helmut-roos@web.de.

sind keine Packesel“ hieß die Aktion der GEW um Ricarda Kaiser. Sie thematisierte die übergroße Belastung von Lehrkräften. Der engagierte neue DGB-Kreisvorsitzende Ralf Heller lotete im Gespräch mit dem zuständigen Gewerkschaftssekretär Angelo Bonelli die Bedeutung des Sozialtarifvertrags beim GKM aus.

Ein tolles szenisches Theater der DGB-Jugend stellte sich der Frage, wie düster sich die Zukunft im Jahr 2030 ohne wirksame Interessenvertretung für die jungen Menschen gestalten würde. Umso erfreulicher war die Darstellung einer von starken Gewerkschaften durchgesetzten Alternative – einer solidarischen Gesellschaft ohne Ausgrenzung, Ausbeutung und Existenzangst.

Solidarität stärken

Für das Überbetriebliche Solikomitee unterstrich dessen Sprecher Wolfgang Alles, dass die Bekämpfung von Betriebsräten und Gewerkschaften eine auch in der Region allzu weit verbreitete kriminelle Praxis sei. Seine bewegende Rede machte klar, dass sich alle Gewerkschaften gemeinsam gegen diese Angriffe wehren müssen.



DGB-Kundgebung in Mannheim, 1. Mai 2022.

Foto: helmut-roos@web.de.

tete kriminelle Praxis sei. Seine bewegende Rede machte klar, dass sich alle Gewerkschaften gemeinsam gegen diese Angriffe wehren müssen.

Die großartige Band ewo² (Bernd Köhler, Laurent Leroi und Joachim Romeis) umrahmte musikalisch die Kundgebung mit Arbeiterliedern und sorgte mit ihren politischen Songs für eine kämpferische Stimmung.

Die ISO Rhein-Neckar war auch am Marktplatz präsent mit ihren Transparenten und Fahnen und mit vielen Kolleginnen und Kollegen vor Ort im Gespräch. Gesehen und gesehen werden.

Es war gut, dass das DGB-Team um Miriam Walkowiak den 1. Mai in Mannheim eindrucksvoll in die Öffentlichkeit zurückge-

holt hat. Der 1. Mai ist aus den Kämpfen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung entstanden. Und immer noch gilt – wie es in der Internationale heißt – „alles zu werden, strömt zuhauf“.

Angesichts der aktuellen und der kommenden Krisen stärkt es die Aktiven, mit Frohsinn und Leichtigkeit aber auch Ernsthaftigkeit wieder auf der Straße demonstrieren und sich versammeln zu können. So wird die gemeinsame Aktion als Ausdruck von Stärke erlebt.

Aktiver werden

Doch bei den Gedanken an die Zukunft kommen auch Sorgen auf. Wie können wir die Veränderungen hinkriegen, die es braucht, um dem Klimakollaps, den Gefahren des Militarismus und den sozialen Krisen des Kapitalismus erfolgreich entgegenzutreten zu können?



DGB-Demo in Mannheim, 1. Mai 2022.

Foto: helmut-roos@web.de.

Der Hauptredner von der IG BCE gab sich überzeugt: Die Gewerkschaften würden ihre Rolle als Interessenvertretung auch in Zukunft gut erfüllen können, da der Ausgleich mit der Kapitaleseite auch weiterhin Wohlstand und Sicherheit garantieren werde.

Doch was, wenn dem gar nicht so ist? Wie kampfbereit sind wir für die kommenden Konflikte?

Ist es nicht so, dass wir uns als Gewerkschaftsaktive fragen müssen: Wie können wir noch mehr Menschen bewegen mitzumachen? Nicht nur, aber auch am 1. Mai. Denn für jeden Meter wirklichen Fortschritts ist die organisierte Bewegung der arbeitenden Klasse erforderlich.



DGB-Kundgebung in Mannheim, 1. Mai 2022.

Foto: helmut-roos@web.de.

Teuerung – Und nun?

H. S.

Die Tarifabschlüsse in den beiden letzten Coronajahren waren miserabel. In allen Branchen gab es Reallohnverluste.

Die Inflation steigt und steigt. Sie liegt mittlerweile bei weit über 7 %. Ein Ende der Preistreiberei ist nicht in Sicht. Energie- und Lebensmittelpreise schießen durch die Decke, und die Verarmung nimmt zu.

Die Rufe seitens des Kapitals und seiner politischen Helfershelfer nach Verzicht auf höhere Löhne sind nicht zu überhören. Wegen des Krieges in der Ukraine sollten wir uns in noch mehr Bescheidenheit üben. „Wir alle“ müssten ärmer werden.

Die Preissteigerungen und die skandalöse „Bekämpfung“ der Pandemie werden auf den Rücken der lohnabhängig Beschäftigten und der Ärmsten abgewälzt. Das gilt auch für die Folgen der „Wirtschaftssanktionen“ gegen Russland. Auch diese werden bereits jetzt von der arbeitenden Klasse mit steigenden Lebenshaltungskosten und wachsender Armut bezahlt.

Gegen Aufrüstung

Zusätzliche Kosten entstehen durch die Einrichtung eines Sonderetats von 100 Milliarden Euro zur weiteren Aufrüstung der Bundeswehr und die Erhöhung des jährlichen Kriegsführungsetats Deutschlands auf mindestens 2 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP).

Diese militaristische Politik stellt die Finanzierung in Bereichen der Daseinsvorsorge wie dem Gesundheits- und Bildungswesen und auch den Kampf gegen die Klimakatastrophe noch mehr in Frage. Die Gewerkschaften müssen sich eindeutig von den Aufrüstungsbeschlüssen der Bundesregierung distanzieren und den Kampf dagegen aufnehmen.

Für offensive Lohnpolitik

Im vergangenen Jahr haben sich die Vermögen der zehn reichsten Personen in Deutschland von 144 Mrd. Dollar auf etwa 256 Mrd. Dollar erhöht. Profite und Dividenden steigen weiter.

Dem Kapital geht es auch trotz Krise, Pandemie und Krieg um die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums – und zwar von unten nach oben. Konzerne und Superreiche sind die Krisen- und

Kriegsprofiteure. Der deutsche Kapitalismus und dessen Regierung produzieren soziale Ungleichheit wie kaum ein anderes Land in der EU.

In den anstehenden Tarifrunden müssen die Gewerkschaften kräftige Reallohnsteigerungen durchsetzen. Leider knicken einige Gewerkschaftsspitzen schon ein und predigen Verzicht. Sie lassen sich ohne Not auf „Brückenlösungen“ ein wie die IG BCE mit ihrer Einmalzahlung. Oder sie liebäugeln damit, wie der IGM-Bezirksleiter von Baden-Württemberg Roman Zitzelsberger.

Die Lohnrunden stehen unter dem Druck der internationalen Verwerfungen, die durch den Krieg in der Ukraine verstärkt werden. Weitere Lieferstopps und Verlängerungen der Investitionsstaus in Infrastruktur und öffentlicher Daseinsvorsorge aufgrund des gigantischen Aufrüstungsprogramms der Regierung sind die Folge.

Auch deswegen ist es dringend erforderlich, dass die Gewerkschaften einerseits konsequent den Kampf gegen das Aufrüstungsprogramm und eine Eskalation des Krieges aufnehmen und andererseits auch für eine offensive Lohnpolitik eintreten.

Gleitende Lohnskala

Mit einer offensiven Lohnpolitik und hohen Lohnforderungen, am besten als Festgeld oder Mindestbetrag, müssen die Gewerkschaften angesichts der großen Inflation dagegenhalten.

Das alleine wird aber nicht reichen, um die hochschnellenden Preissteigerungen auszugleichen. Wir brauchen eine gesetzlich verankerte gleitende Lohnskala als Ausgleich für die Inflation. Denn nur damit können wir verhindern, dass Millionen Menschen immer weiter in die Armut getrieben werden.

Wir brauchen einen wirksamen Kurswechsel der Gewerkschaftsvorstände, weg von Verzichtspolitik und Verständnis für die Kapitalinteressen. Diese Wende wird es nicht von alleine geben. Die Mitglieder müssen sie einfordern und erkämpfen:

Gewerkschaftliches Aktionsprogramm

Es braucht ein Aktionsprogramm gegen die Abwälzung der Kriegs- und Krisen-

kosten auf die Lohnabhängigen. Zu seiner Durchsetzung sind koordinierte, gewerkschaftsübergreifende Streiks und Demonstrationen von Kolleginnen und Kollegen, die sich in Tarifrunden befinden, erforderlich.

Der alte Gewerkschaftsspruch – „Gemeinsam sind wir stark!“ – kann und muss von einer Floskel in die reale Aktion übersetzt werden.

Es ist höchste Zeit, das tarifpolitische Kleinklein zu beenden und sich gemeinsam für folgende Forderungen einzusetzen:

- Tarifabschlüsse nicht unter Inflationsausgleich, stattdessen Reallohnsteigerungen
- Kurze Laufzeiten der Tarifverträge.

Klassenpolitische Alternativen

Zudem ist es Aufgabe der Gewerkschaften, sich im Interesse ihrer Mitglieder für eigene klassenpolitische Alternativen gegen die neoliberale, prokapitalistische Politik der Bundesregierung einzusetzen:

- Preisobergrenzen für Energie- und Grundnahrungsmittel
- Gesetzlich verankerte automatische Anpassung der Löhne an die Preise durch eine gleitende Lohnskala
- Nein zur weiteren Steigerung der Militärausgaben
- Stattdessen Einsetzen eines Sondervermögens von 100 Milliarden Euro für öffentliche Investitionen in Gesundheit, Bildung, Soziales und Klima
- Streichung der „Schuldenbremse“
- Solidaritätsabgabe auf Vermögen des oberen 1 % der Bevölkerung
- Einführung einer Millionärssteuer von 10 % ab einer Million Euro
- Verteidigung und Ausbau von sozialen und ökologischen Standards und Erwerbschaften.

Nur durch die Organisation, Aktivierung und Vernetzung aktiver betrieblicher und gewerkschaftlicher Kerne, nur durch die Bildung einer sozialen, ökologischen und antimilitaristischen Front wird der erforderliche Druck für eine kämpferische Gewerkschaftspolitik aufgebaut werden können. Dieser Aufgabe müssen wir uns stellen. ■

Unsoziales bei den Sozial- und Erziehungsdiensten Erfolgreicher Tarifabschluss?

N. B.

Die Kurzzusammenfassung des Tarifabschlusses bei den Sozial- und Erziehungsdiensten zuerst: Zulagen von monatlich 130 bis 180 € (je nach Entgeltgruppe), jährlich zwei zusätzliche bezahlte plus wahlweise zwei unbezahlte Entlastungstage, schnellere Höhergruppierung durch Anpassung der Stufenlaufzeiten und kleinere berufsspezifische Festlegungen.

Auf den ersten Blick mag das wie ein Erfolg für die Beschäftigten bei den Sozial- und Erziehungsdiensten wirken. Bei genauerem Hinsehen entpuppt sich dieser Tarifabschluss jedoch als fauler Kompromiss, der kaum wirkliche Verbesserungen für die Kolleginnen und Kollegen mit sich bringt.

Anhaltende Überlastung

Ein zentraler Punkt bei den Tarifverhandlungen für die Sozial- und Erziehungsdienste ist immer wieder, diese von Personalknappheit geprägten Tätigkeiten attraktiver zu machen.

Mehr Menschen in diese Bereiche zu holen, ist der einzige Weg aus der Unterbesetzung und damit aus der chronischen Überlastung herauszukommen. Ob der jetzige Tarifabschluss die Attraktivität der Arbeit im Sozial- und Erziehungsdienst wirklich steigern kann, ist mehr als fraglich.

Zwei – beziehungsweise bei Entgeltverzicht vier – Entlastungstage vermögen bei Weitem nicht die tägliche Überarbeitung zu kompensieren. Vor- und Nachbereitungszeiten in Kitas und anderen Einrichtungen werden auch weiterhin nicht oder nur ungenügend bezahlt. Das wirkt sich negativ auf die Qualität der Arbeit aus. Darunter leiden sowohl die Beschäftigten als auch die von ihnen betreuten, gepflegten und geförderten kleinen und großen Menschen.

Weitere Reallohnsenkungen

Lohnerhöhungen von vier bis 5,5 Prozent, je nach Berufsgruppe, gleichen nicht einmal die aktuell sehr hohe Inflation von über sieben Prozent aus.

Die sogenannten Arbeitgeber konnten die flächendeckende Höhergruppierung in den Entgeltgruppen abwenden. Sie setzten damit durch, dass die Löhne nach der einmaligen Erhöhung für die fünf Jahre der Tariflaufzeit eingefroren bleiben.

Hinzu kommen nicht gerade rosige Aus-

sichten in Bezug auf die Inflation. Das alles zusammen lässt erwarten, dass der Reallohnverlust sich noch verschärfen wird.

Notwendige Bilanzierung

Die Beschäftigten und ihre Gewerkschaft ver.di haben in der Tarifaufeinandersehung gegen den massiven Widerstand der Gegenseite ankämpfen müssen. Insofern könnte man argumentieren, dass die Streikenden immerhin Schlimmeres abgewendet und kleine Verbesserungen durchgesetzt haben.

Ob die Kolleginnen und Kollegen nach all ihrem Einsatz nun aber gestärkt oder doch eher desillusioniert weiter durch ihren überlasteten Arbeitsalltag gehen, hängt sicherlich von unterschiedlichen Faktoren ab.

Viele Kolleginnen und Kollegen wären zu weiteren Aktionen bereit gewesen, wenn ver.di dazu aufgerufen hätte, statt den schwachen Tarifabschluss zu unterschreiben.

Wichtig ist jetzt, die kollektiven Erfahrungen dieser Tarifrunde auszuwerten und die positiven Faktoren in künftigen Auseinandersetzungen weiterzuentwickeln.

Aktivierende Gegenmacht

Der Erfolg der zukünftigen Gewerkschaftspolitik wird wesentlich von den Möglichkeiten aktiver und direkter Einflussnahme auf das Streikgeschehen durch die Beschäftigten selbst abhängen.

In Tarifrunden geht es um die Arbeitsbedingungen und das Entgelt der Beschäftigten. Sie müssen daher auch diejenigen sein, die in Streikversammlungen und Delegiertenkonferenzen über die Form des Arbeitskampfes entscheiden. Sie müssen auch darüber befinden, ob ein Streik abgebrochen oder zum Erzwingungsstreik ausgeweitet wird.

Wirkliche Erfolge wird es nur geben, wenn sich die Kolleginnen und Kollegen bereichsübergreifend unterstützen und die jeweiligen Arbeitskämpfe konsequent stärken.

Wirksame gewerkschaftliche Gegenmacht erfordert mehr als mit einigen Warnstreiks geschmückte Tarifroutinen. Sie muss aktivieren, politisieren und damit Durchsetzungskraft organisieren. ■



Warnstreikaktion in Mannheim, 5. Mai 2022.

Foto: helmut-roos@web.de.

Was tun, wenn der Betriebsrat gemobbt wird?

O. T.

Nicht nur bei der Dulger-Firma ProMinent werden aktive Betriebsratsmitglieder bekämpft. In immer mehr Unternehmen betrachten Geschäftsleitungen engagierte Betriebsräte (BR) als Profithindernis.

Solche BR wollen sie loswerden oder durch genehme, „gelbe Betriebsräte“ ersetzen. In der Umsetzung gehen die Mobber dabei systematisch vor.

Es fängt in der Regel so an: Betriebsräte werden zu spät oder nur unvollständig informiert, Fristen nicht eingehalten, Anfragen ignoriert, Termine nicht wahrgenommen, die Teilnahme an Schulungen oder Betriebsratssitzungen verhindert.

Das wirkt auf Dauer zermürend und untergräbt den Rückhalt des Betriebsrats in der Belegschaft. Denn wer ignoriert wird, hat es schwer, Verbesserungen für die Beschäftigten durchzusetzen.

Wenn dies alles nicht hilft, dann wird zum Mittel der Schikane gegen einzelne engagierte BR-Mitglieder gegriffen. Das Spektrum reicht von verbalen Drohungen und willkürlichen Versetzungen bis hin zu Abmahnungen, Kündigungen oder Amtsenthebungsverfahren.

Systematische Gegenwehr

Um erfolgreich die Angriffe des Managements abwehren zu können,

braucht ein Betriebsrat vor allem den Rückhalt der Belegschaft. Ohne diese Unterstützung wird er langfristig verlieren.

Um sich Respekt zu verschaffen, muss der BR bereit sein, vor allem mit betrieblichen Druckmitteln seine Mitbestimmungsrechte durchzusetzen.

Gegebenenfalls darf er auch nicht den Gang zum Arbeitsgericht scheuen. Dabei ist aber zu beachten, dass der BR sich in der juristischen Auseinandersetzung mit der Unternehmensleitung nicht verausgabt. Ansonsten hat er kaum die Zeit und Kraft, sich um die Umsetzung der eigenen inhaltlichen Agenda zu kümmern.

Betriebsräte müssen deshalb juristische Maßnahmen einer Gesamtstrategie unterordnen. Der Kampf für die Rechte der Beschäftigten entscheidet sich letztlich nicht vor Gericht, sondern im Betrieb.

Wichtiger Hebel für eine erfolgreiche Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit ist die Herausbildung eines harten Kerns aktiver Kolleginnen und Kollegen. Sie haben mittels eines selbst erstellten Arbeitsplans, die Arbeit des BR-Gremiums zu systematisieren und mit dem gewerkschaftlichen Vertrauenskörper (soweit vorhanden) zu koordinieren.

Dort, wo es noch keinen gewerkschaftlichen Vertrauenskörper gibt, ist er unbedingt aufzubauen. Die gewerkschaftlichen Vertrauensleute sind entscheidende Bindeglieder zur Belegschaft und zur Gewerkschaft. Im Gegensatz zum Betriebsrat können sie auch Streiks organisieren.

Solidarität – das Zauberwort

Die Haltung der Beschäftigten ist der entscheidende Faktor. Steht die Belegschaft einheitlich für ihre eigenen Interessen und den Betriebsrat ein, ist es für das Management schwer dagegen anzukommen.

Um solch ein günstiges Kräfteverhältnis entwickeln zu können, müssen die Beschäftigten systematisch über die Arbeit des Betriebsrats informiert werden. Zudem sind sie aktiv in die Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit einzubeziehen. Das schafft nicht nur Vertrauen und Glaubwürdigkeit, sondern auch Selbstbewusstsein.

Wenn das gelingt, und der Rückhalt in der Belegschaft stabil ist, können die aggressiven Praktiken des Managements einen „Bumerang-Effekt“ auslösen. Er bewirkt, dass es statt zur Spaltung zu einer Solidarisierung kommt. Dadurch erweitert sich der Handlungsspielraum des Betriebsrats und der Gewerkschaft im Betrieb spürbar.

Die Solidarität der Belegschaft mit *ihrem* Betriebsrat herzustellen und zu festigen, muss deshalb ein zentrales Ziel aktiver Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit sein. ■



„Nach den Betriebsratswahlen 2022 – Wie weiter?“

S. C.

Am Samstag den 21. Mai 2022, hat das Seminar der ISO Rhein-Neckar zu strategischer Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit stattgefunden.

Teilnehmende waren Betriebsräte und Gewerkschaftsaktive aus verschiedenen Branchen (Industrie, Logistik, Kommunikation ...) und Einzelgewerkschaften (IG BCE, IG Metall und ver.di).

Die meisten von ihnen hatten bereits im Herbst 2021 unsere Tagung zur erfolgreichen Vorbereitung und Durchführung der Betriebsratswahlen besucht. Darauf aufbauend befassten wir uns in unserem Frühjahrsseminar vor allem mit der Bedeutung strategischer Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit, aber auch mit der Analyse der BR-Wahlen in den Firmen der Teilnehmenden.

Rauere Rahmenbedingungen

Das sehr fundierte Einleitungsreferat beleuchtete die heutigen Rahmenbedingungen für gewerkschaftliches Engagement im Betrieb. Um gegen die ausgeklügelten und zunehmend rauerer Managementstrategien standhalten zu können, bedarf es der wirksamen Organisation der eigenen Arbeit.

Vor allem aber braucht es Ausdauer. Gewerkschaftspolitische Arbeit im Betrieb ist kein Sprint, sondern ein Marathonlauf. Wir können nicht davon ausgehen, dass nach einem Erfolg, egal wieviel Energie er uns gekostet hat, die Angriffe der Gegenseite aufhören.

Vielmehr müssen wir damit rechnen, dass wir uns höchstens Ruhephasen erkämpfen. In denen aber der Klassengegner schon seine nächsten Angriffe zur Durchsetzung seiner Interessen plant.

Um bei den herrschenden Kräfteverhältnissen eine wirksame Gegenmacht aufbauen zu können, ist die kontinuierliche Entwicklung der Stärke unseres eigenen aktiven Kerns unerlässlich.

Das erfordert fundiertes Wissen über die Vorgänge nicht nur im Betrieb, sondern weit darüber hinaus in Wirtschaft und Gesellschaft. Zudem benötigen wir ein gemeinsames Wertefundament, damit wir unsere Ziele definieren und erfolgreich verfolgen können.

Nur mit einem strategischen Konzept für eine langfristige und erfolgreiche Betriebsratsarbeit, kann es gelingen, die Interessen der Belegschaft durchzusetzen und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten zu verbessern.

„Unsre Chance: Résistance“

Ein weiterer Höhepunkt unseres Seminars war die Vorführung und die sich daran anschließende Diskussion des beeindruckenden Films „Unsre Chance: Résistance“. Diese Dokumentation des hartnäckigen Kampfes gegen Arbeitsplatzabbau und Standortschließung beim Kraftwerksbauer Alstom Power in Mannheim-Käfertal ist auch heute noch sehr sehenswert.

Der Widerstand der IGM-Kolleginnen und Kollegen von Alstom ist ein Lehrstück über die erfolgreiche Organisation be-

trieblichen Widerstandes. Mit Phantasie und Mut gelang es ihnen, lange Jahre erfolgreich Arbeits- und Ausbildungsplätze zu verteidigen und sogar ein befristetes Verbot von Entlassungen durchzusetzen. Alles das geschah ohne Verzicht auf tarifliche Standards.

Organisation von Erfolgen

In unserem Seminar hatten wir die Gelegenheit, einen besonders erfolgreichen Betriebsratswahlkampf genauer zu analysieren. Ein wesentlicher Grund für diesen Erfolg war die durch einen Aktionsplan vorbereitete und umgesetzte Kandidatur von gewerkschaftlich Aktiven gegen firmenhörige Listen.

Weitere konkrete Analysen und die Entwicklung von strategischen Konzepten für eine erfolgreiche gewerkschaftliche Betriebsratsarbeit werden wir auf unseren regelmäßig stattfindenden Betriebs- und Gewerkschaftstreffen diskutieren.

Durch die auf unserem Seminar angebotenen Inhalte hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit, ihr Wissen über die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und betrieblichen Rahmenbedingungen zu erweitern. Und sie konnten, was vielleicht noch wichtiger ist, erfahren, wie sich Belegschaften gegen die Profitlogik behaupten und ihre eigenen Interessen durchsetzen können.

Genau dafür sind solche Veranstaltungen gedacht. Als Teilnehmer kann ich nur sagen, dass die ISO Rhein-Neckar – unentgeltlich! – ein enormes Erfahrungswissen weitergibt. Es geht weit über das hinaus, was üblicherweise bei Betriebsratsseminaren vermittelt wird. Das ist eine unglaubliche Hilfe für meine eigene Betriebsratsarbeit. Danke an die Genossen der ISO, die das Seminar organisiert haben! Ich freue mich schon auf Euer nächstes Bildungsangebot. ■



Torblockade bei Alstom Mannheim, 16. April 2014.

Foto: Privat.

„Frieden schaffen mit noch mehr Waffen?“

ISO-Infoabend Mai 2022

R. G.

Gibt es auf die militärische Aggression Russlands gegen die Ukraine Antworten, die den Krieg nicht weiter eskalieren und keiner mörderischen und zerstörerischen Vernichtungs- und Aufrüstungslogik folgen? Diese Frage stand im Zentrum des Mai-Infoabends der ISO Rhein-Neckar.

Ausgangspunkt unseres Referenten waren die ausschließlich militärischen Antworten der ukrainischen Regierung und der NATO-Staaten auf den russischen Einmarsch. Dabei seien die Beweggründe jedoch unterschiedlich: Die Ukraine versuche sich zu verteidigen, die NATO und ihre Führungsmacht USA wollten geopolitische und wirtschaftliche Machtinteressen gegen Russland durchsetzen.

„Totalisierung des Krieges“

Unbestreitbar gebe es in diesem Krieg Angreifer und Angegriffene. Aber sowohl die Ukraine als auch Russland seien inzwischen von der „Totalisierung“ des Krieges beherrscht. Dies erschwere die Beendigung des Krieges am Verhandlungstisch. In beiden Staaten gebe es keine starke Anti-Kriegsbewegung, die in der Lage wäre, den notwendigen Druck auf den herrschenden Machtapparat auszuüben und die Forderung „Die Waffen nieder!“ politisch durchzusetzen.

In Deutschland würde die Rüstungslobby die Lage ausnutzen, um angesichts der angeblich drohenden „russischen Gefahr“ noch mehr Aufrüstung und noch massivere Waffenlieferungen an die Ukraine zu fordern. Schon jetzt werde deutlich, dass damit eine energie-, öko- und sozialpolitische Rolle rückwärts verbunden sei.

Es gebe zudem das grundlegende Dilemma, dass die Ukraine aus ihrer militärischen Verteidigungslogik heraus Waffen fordere, während in Deutschland aus anti-militaristischen und anti-imperialistischen Gründen Waffenlieferungen und jegliche Aufrüstung abzulehnen seien.

Angesichts des Ukraine-Krieges hätten die Friedensbewegung und die politische Linke mehrere Aufgaben: Unter anderem müssten sie in der Öffentlichkeit über die imperialistischen Ziele dieses Krieges aufklären. Sie müssten Krieg und Aufrüstung in einen engen, ursächlichen Zusammenhang mit der ökologischen Katastrophe und der sozialen Frage stellen. Sie müssten solidarisch mit der Antikriegsbewegung in der Ukraine und in Russland sein, und schließlich müssten sie in diesen Ländern anti-stalinistische sozialistische Gruppierungen finanziell und organisatorisch unterstützen.

Großer Diskussionsbedarf

Die auf das Referat folgende Diskussion berührte zahlreiche Aspekte des Krieges und machte deutlich, dass weiterhin ein großer Bedarf besteht, diesen Krieg und seine politischen Folgen zu diskutieren und zu verstehen.

Einige Diskutierende stellten eine militaristische „Gleichschaltung“ der Medien fest, in der antimilitaristische Positionen immer weniger auftauchten oder diffamiert würden. Eine Einzel-

meinung kritisierte das als pauschale „Medienschelte“, die nicht die Wirklichkeit abbilde.

Trotz der Schwäche der Friedensbewegung und trotz massiver Propaganda, so ein anderer Diskussionsbeitrag, sei es der herrschenden Politik immer noch nicht gelungen, eine große Mehrheit der deutschen Bevölkerung für Waffenlieferungen und eine massive Erhöhung des Militäretats zu begeistern. Dies zeige, dass es möglich sei, gegen Aufrüstung und Militarisierung und Deutschland eine politische Bewegung aufzubauen.

Für eine antimilitaristische Bewegung

Einen breiteren Raum nahm die Debatte über die Gefahren durch atomare Bewaffnung und ukrainische Atomkraftwerke ein. So hätten aufgrund von Zerstörungen durch russische Soldaten für einige Tage sehr wichtige Mess- und Steuerungssysteme des 1986 havarierten Atomkraftwerks Tschernobyl nicht funktioniert.

Zudem sei es möglich, dass eine „fehlgeleitete“ russische Rakete ein ukrainisches Atomkraftwerk zerstören und damit eine atomare Katastrophe auslösen könne.

Selbst der Einsatz „kleinerer“ Atomwaffen durch die russische Armee sei nicht auszuschließen. Diese real existierenden atomaren Gefahren müssten in der politischen Aufklärung noch viel deutlicher gemacht werden.

Nicht zuletzt wurde der Versuch der politischen Rechten thematisiert, den Krieg politisch für sich zu nutzen und sich als „Friedenskraft“ dazustellen. Die Rechte versuche dabei, an ihre Erfolge bei den Anti-Corona-Mobilisierungen anzuknüpfen.

Dagegen müsse sich die Linke inhaltlich eindeutig abgrenzen. Sie müsse eine eigenständige, internationale Bewegung für umfassende soziale Verteidigung aufbauen, die sich gegen Krieg, Rüstung und deren ökologische wie gesellschaftliche Folgen richtet. ■



Antikriegsdemo in Mannheim, 5. März 2022.

Ökosozialistische Konferenz der ISO

Donnerstag, 16. Juni, bis Sonntag, 19. Juni 2022, in Köln-Kalk



Mit Plenarveranstaltungen und zahlreichen Workshops

Plenarveranstaltungen:

- IPCC: Die Katastrophe ist schon da – wie gehen wir damit um?
Mit Verena Kreilinger, Jonathan Neale, Wolfgang Pomrehn.
- Sollen wir Russland den Hahn abdrehen? Energieumbau und Krieg.
Mit Ilja Budraitskis, Ariane Detloff, Moritz Folkert.
- Die Preise galoppieren davon – können wir uns den ökologischen Umbau überhaupt leisten?
Mit Michael Heldt, Verena Kreilinger, Bea Sassermann.

Anmeldung:

<https://intersoz.org/oekosozialistische-konferenz-2022/>
oder per E-Mail an: konferenz@intersoz.org

Die große Rolle rückwärts und wie wir sie aufhalten wollen

Unterstützt die demokratische Linke in der Ukraine! Solidarität mit Sozialnyi Ruch (Soziale Bewegung)

K. O.

Die Soziale Bewegung (Sozialnyi Ruch) ist eine ukrainische sozialistische Organisation, die sich für die Interessen der arbeitenden Klasse einsetzt. Sie bittet um unsere Hilfe.

AUFRUF VON SOZIALNY RUCH (SOZALE BEWEGUNG)

Die Ukraine leidet unter einem blutigen und zerstörerischen Krieg, der von russischen Truppen begonnen wurde.

Sozialnyi Ruch spricht sich dagegen aus, dass private und staatliche Unternehmen die Kriegssituation auszunutzen versuchen, um Entlassungen vorzunehmen und die Rechte und Arbeitsbedingungen von Beschäftigten anzugreifen (siehe SR-Info1 auf iso-4-rhein-neckar.de/sr1 und auf iso-4-rhein-neckar.de/sr2).

Sozialnyi Ruch kämpft für die Einstellung der Bombardierung von ukrainischen Städten, den vollständigen Abzug der russischen Truppen und die Annullierung der Auslandsschulden der Ukraine.

Sozialnyi Ruch ist Teil von emanzipatorischen Bewegungen, die in feministischen, LGBTIQ*- oder antirassistischen Initiativen zum Ausdruck kommen.

Sozialnyi Ruch steht für ein erneuertes sozialistisches Projekt und arbeitet seit vielen Jahren mit ähnlichen Bewegungen vor allem in Russland zusammen.

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO), Sektion der IV. Internationale in Deutschland, unterstützt Sozialnyi Ruch in der Ukraine und ihren Spendenaufruf zur Absicherung ihrer Arbeit.

Sozialnyi Ruch schreibt uns: „Unsere Aktivistinnen und Aktivisten haben mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen und müssen zusätzliche Kosten für Lebensmittel, Transport, Medikamente und Unterkunft tragen.

Wir benötigen finanzielle Hilfe für den Aufbau einer starken demokratischen linken Kraft in der ukrainischen Politik, sowohl

in Zeiten des Krieges als auch in Zeiten des Friedens.

Im Moment geht es um das Überleben der Organisation als politische Kraft und als zukünftige Partei.

Wir vereinen Jugendliche, Arbeiterinnen und Arbeiter für den Aufbau einer demokratischen, sozialistischen, unabhängigen und integrativen Ukraine!

Unsere Bevölkerung glaubt, dass die Ukraine gerechte Lösungen im sozioökonomischen Bereich braucht.

Nur Sozialismus und fortschrittliche Reformen für die Bedürfnisse der Vielen können eine bessere Zukunft für die Ukraine bringen.

Wir brauchen eure finanzielle Unterstützung, um unsere Organisation zu erhalten und zu stärken!“

Spendet bitte auf dieses Konto:

Kontoinhaber: Christiaan Boissevain
IBAN: DE87 5001 0517 5426 9968 24
BIC: INGDEFFXXX
Stichwort: SR Ukraine

Eingehende Spenden werden ohne Abzüge an die ukrainischen Genossinnen und Genossen weitergeleitet.

Demo gegen Polizeigewalt „Wer schützt uns vor der Polizei?“

E. B.

Am 2. Mai 2022 kam es auf dem Mannheimer Marktplatz zu einem Polizeieinsatz, der mit der Tötung eines psychisch kranken Mannes endete.

Fünf Tage später, am 7. Mai 2022, fand deshalb eine Demo gegen Polizeigewalt statt unter dem Motto „Wer schützt uns vor der Polizei?“.

Aufgerufen hatte ein Bündnis linker Organisationen und Initiativen. Rund 1.000 Personen beteiligten sich an der Auftaktkundgebung in nächster Nähe des Tatortes. In Redebeiträgen wurde ein sofortiges Ende der Polizeigewalt und eine lückenlose, von der Polizei unabhängige Untersuchung und Aufklärung der Tat gefordert.

Die anschließende Demo führte vom Marktplatz an der berüchtigten Polizeiwache in H4 1 vorbei, der die am 2. Mai eingesetzten „Ordnungshüter“ zugeordnet waren. Mit lautstarken Rufen wie „No Justice, no peace!“ bewegte sich der Zug der Protestierenden weiter zum Schloss und über die Breite Straße zurück zum Marktplatz. Dort fand auch die Abschlusskundgebung statt.

Zum Erfolg des kämpferischen Protestmarsches, der auf viel Interesse in der von tausenden Menschen belebten Innenstadt stieß, hat sicherlich auch die weit über Mannheim hinausreichende Mobilisierung beigetragen.

Auffällig war die bei linken Demos sehr ungewöhnliche Zurückhaltung des bemerkenswert großen Polizeiaufgebotes.

Bezeichnend hingegen war die Medienberichterstattung. Sie befasste sich kaum mit der berechtigten Kritik an Polizeigewalt, sondern skandalisierte vielmehr den Einsatz von „Pyrotechnik“ und das vereinzelt Werfen von roten Farbbeuteln unter anderem auf die Polizeiwache in H4.



Protest gegen Polizeigewalt auf dem Mannheimer Marktplatz, 7. Mai 2022.

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen.

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- DO, 02.06.2022, 15:00 Uhr, Hybrides Treffen des Überbetrieblichen Solikomitees*
- SO, 05.06.2022, 11:00 Uhr, Virtuelle politische Bildungsreihe der ISO
- MI, 08.06.2022, 14:00 Uhr, Arbeitsgericht HD wg. BR-Mobbing bei ProMinent
- DO, 09.06.2022, 19:00 Uhr, Viko #ZeroCovid Rhein-Neckar
- DO, 09.06.2022, 19:00 Uhr, Brasilien-Veranstaltung, DGB-Haus MA*
- SAM, 11.06.2022, 13:30 Uhr, Frühjahrsausflug der ISO Rhein-Neckar*
- SAM, 11.06.2022, 14:00 Uhr, „Schönau nicht vergessen!“, Stadtheim Naturfreunde MA*
- DO, 16.06.2022, 15:00 Uhr, Hybrides Treffen des Überbetrieblichen Solikomitees*
- DO 16.06.2022, Ökosozialistische Konferenz der ISO, Köln (bis SO 19.06.2022)*
- FR, 24.06.2022, 19:00 Uhr, Hybrider ISO-Infoabend zu aktuellem Thema*

Vorschau

- SAM, 13.08.2022, 13:00, Sommerseminar der ISO Rhein-Neckar
- SAM, 13.08.2022, 19:00, Sommerfest der ISO Rhein-Neckar

* [Jeweils mit strikter Beachtung der geltenden Gesundheitsschutzregeln.]



Impressum:

ISO Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim

Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54

Email: info@iso-4-rhein-neckar.de

Web: www.iso-4-rhein-neckar.de Facebook: www.facebook.com/iso.4.rn

